

Sitzung vom 23. September 2009

**1518. Anfrage (finanzielle Auswirkungen
der CO₂-Abgaben-Erhöhung)**

Kantonsrat Roland Munz, Zürich, und die Kantonsrätinnen Eva Torp, Hedingen, und Sabine Ziegler, Zürich, haben am 6. Juli 2009 folgende Anfrage eingereicht:

Das UVEK plant auf Anfang 2010 eine deutliche Erhöhung der CO₂-Abgabe. In diesem Zusammenhang bitten wir um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Welche Kostensteigerung ist in Folge dieser Abgabe bei den vom Kanton betreuten Gebäuden zu erwarten?
2. Wie gedenkt der Regierungsrat auf die erhöhte CO₂-Abgabe zu reagieren?
3. Was ist konkret vorgesehen, um den jährlichen CO₂-Ausstoss bei den eigenen Gebäuden zu reduzieren?
4. Was ist vorgesehen, um Hauseigentümerschaften vom Kanton zugemieteter Gebäude bzw. Gebäudeteile dazu zu ermutigen, den jährlichen CO₂-Ausstoss betreffender Bauten zu reduzieren?
5. Welches finanzielle Sparpotential ergibt sich durch den Einsatz CO₂-freier Energieträger?

Auf Antrag der Baudirektion

beschliesst der Regierungsrat:

I. Die Anfrage Roland Munz, Zürich, Eva Torp, Hedingen, und Sabine Ziegler, Zürich, wird wie folgt beantwortet:

Da die CO₂-Emissionen aus Brennstoffen in der Schweiz zwischen 2007 und 2008 nicht weiter gesunken sind, wird die CO₂-Abgabe auf den 1. Januar 2010 von heute Fr. 12 auf Fr. 36 pro Tonne CO₂ erhöht. Die Erhöhung der CO₂-Abgabe setzt einen Anreiz, Energie effizienter einzusetzen oder auf erneuerbare Energieträger umzusteigen. Infolge der durch das eidgenössische Parlament beschlossenen Teilzweckbindung stehen mit der Erhöhung der CO₂-Abgabe zudem ab 2010 bis zu 200 Mio. Franken pro Jahr für die Förderung von energetischen Gebäudesanie-

rungen zur Verfügung. Die restlichen Einnahmen der CO₂-Abgabe von rund 400 Mio. Franken werden voraussichtlich ab 2012 an die Bevölkerung und die Wirtschaft rückverteilt.

Zu Frage 1:

Dank Nutzung von Kehrlichtabwärme und Biomasse deckt der Kanton heute nur etwa 40% des Wärmebedarfs seiner Bauten mit fossilen Energien, die abgabepflichtig sind. Die Erhöhung der CO₂-Abgabe um Fr. 24 pro Tonne CO₂ bewirkt bei den kantonseigenen Liegenschaften im Verwaltungsvermögen einen Mehraufwand von rund 1,2 Mio. Franken pro Jahr, was insgesamt weniger als 2% der gesamten Kosten für Energie und Wasser darstellt. Bei den mit Heizöl und Erdgas beheizten Gebäuden steigen die Heizkosten etwa um 4%. Im Vergleich zu den jährlichen Preisschwankungen der fossilen Energien (2008 schwankte der Heizölpreis um +24% bis 36% gegenüber dem Jahresdurchschnitt) ist die Erhöhung der CO₂-Abgabe von geringer Bedeutung.

Da die Rückverteilung der Gelder an die AHV-Lohnsumme gekoppelt ist, profitiert der Kanton als wenig Energie verbrauchendes Unternehmen gegenüber energieintensiven Branchen. Finanziell wird daher insgesamt eine positive Bilanz erwartet.

Zu Frage 2:

Eine unmittelbare Reaktion ist nicht angezeigt. Die Erhöhung der CO₂-Abgabe auf fossilen Brennstoffen begünstigt die bisherigen kantonalen Anstrengungen zur effizienteren Energienutzung und zur vermehrten Nutzung erneuerbarer Energien, da solche Massnahmen vergleichsweise wirtschaftlicher werden. Zudem werden mit einem Teil der Abgabe im Rahmen eines nationalen Förderprogramms, das die Kantone festlegen, Gebäudesanierungen direkt finanziell unterstützt. In diesem Bereich besteht auch aus Sicht der kantonalen Energieplanung der grösste Handlungsbedarf.

Zu Frage 3:

Der Kanton Zürich wird im Sinne der Vorbildrolle seine Stossrichtung weiterführen und seine Gebäude im energieeffizienten Minergie- oder in einzelnen Projekten im Minergie-P-Standard ausführen und die noch benötigte Wärme möglichst mit erneuerbaren Energien oder Abwärme decken.

Zu Frage 4:

Bei Liegenschaften, in denen der Kanton in einem Mietverhältnis steht, ist die Einflussmöglichkeit auf den CO₂-Ausstoss beschränkt. So ist es als Mieter beispielsweise nicht möglich, die Heizung zu ersetzen. Der Kanton wird aber versuchen, als Mieter vermehrt Einfluss zu neh-

men und auf fortschrittliche Energiestandards hinzuwirken. Die beiden grossen Mietobjekte Sihlpost und Toni-Areal sind so geplant, dass der Minergie-Standard eingehalten wird.

Zu Frage 5:

Der Einsatz CO₂-freier Energieträger ist nicht mit einer finanziellen Einsparung, sondern mit Mehrkosten verbunden, die aber dank der Erhöhung der CO₂-Abgabe etwas sinken. Wie hoch diese wären, wird gegenwärtig im Rahmen der Motion KR-Nr. 148/2005 betreffend Deckung des Energiebedarfs kantonaler Liegenschaften mit erneuerbaren Energien nach einer Gesamtrenovation, einem umfassenden Umbau oder nach einer Neuerstellung geprüft.

II. Mitteilung an die Mitglieder des Kantonsrates und des Regierungsrates sowie an die Baudirektion.

Vor dem Regierungsrat

Der Staatsschreiber:

Husi